dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 01 **9. Januar 2014**

aktuell

Inhalt

55. dbb Jahrestagung in Köln „Stets zu Diensten? – Der Staat im 21. Jahrhundert“+++
Russ zur Einkommensrunde 2014: Schuldenbremse darf nicht nur Problem der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sein+++
Wildfeuer: Gleichwertige Lebensverhältnisse von Männern und Frauen müssen aktiv gefördert werden+++
Koalitionsvertrag - Speck fordert Übertragung der Verbesserungen im Rentenrecht auf Versorgungsempfänger+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb Hessen empört über Sparpläne+++
SBB: 11.000 Klagen möglich+++
dbb m-v sieht Recht suchende Beamte auf sich gestellt+++
Neuregelungen beim Beamtenrecht in Thüringen geplant+++
dbb sachsen-anhalt: Steuermehreinnahmen für Altersvorsorge nutzen+++
DSTG-Chef zu Steuervereinfachung: „Da lachen die Hühner“+++
GDL droht mit Arbeitskampf bei der Bahn+++

Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

55. dbb Jahrestagung in Köln „Stets zu Diensten? – Der Staat im 21. Jahrhundert“

(dbb) Die 55. dbb Jahrestagung fand vom 5. bis 7. Januar 2014 zum neunten Mal in Köln statt. Mehr als 700 Teilnehmer und Gäste aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften und Medien folgten den ebenso engagierten wie kurzweiligen Vorträgen und Diskussionen rund um das Thema „Stets zu Diensten? – Der Staat im 21. Jahrhundert". dbb Chef Klaus Dauderstädt eröffnete am 7. Januar die Tagung mit dem Appell, der Staat dürfe sich seiner Verantwortung gegenüber den Staatsbürgern nicht entziehen. Und er stellte fest: „Manche halten den Beamten deutscher Prägung für überholt. Wir nicht."

Klaus Dauderstädt: Der Staat darf sich seiner Verantwortung nicht entziehen

„Der Staat darf sich seiner Verantwortung gegenüber den Staatsbürgern nicht entziehen." Mit diesen deutlichen Worten hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt die Regierungen von Bund und Ländern aufgefordert, eine neue Balance im staatlichen Handeln zu finden. Der Abbau öffentlicher Leistungen einerseits und die politische Einmischung in funktionierende Systeme wie der Tarifpluralität andererseits seien nicht geeignet, die Funktionsfähigkeit des Landes zu sichern, sagte Dauderstädt am 6. Januar 2014 in Köln zur Eröffnung der 55. dbb Jahrestagung.

In der Bundesrepublik sei die solidarische Finanzierungslast immer unausgewogener verteilt. Die Belastung der Unternehmen durch Steuern und Sozialabgaben sinke, während die der Bürger stetig steige. „Die Menschen in diesem Land sind nicht blind gegenüber solchen Entwicklungen", so der dbb Chef. Zu der Ungleichbehandlung trage fehlendes Personal bei den Finanzbehörden wie Zoll und Steuerfahndung zusätzlich bei. Das Geld für Steuer-CDs solle daher besser „in die Besoldung deutscher Finanzbeamter investiert werden".

Bedenklich sei die steigende Belastung der Bürger auch, weil diese gleichzeitig mit immer mehr Aufgaben allein gelassen würden. Sinnbildlich dafür sei die Diskussion über Maßnahmen gegen die wachsende Zahl der Wohnungseinbrüche, durch Mindeststandards für den Einbruchschutz in Bauverordnungen oder die steuerliche Absetzbarkeit von Ausgaben für die Wohnungssicherung. Der Schutz vor Wohnungseinbrüchen „ist nicht Aufgabe des Bauordnungs- oder des Finanzamtes, dazu brauchen wir genügend Polizei", machte Dauderstädt deutlich.

Dieser Rückzug des Staates werde die Politik angesichts des demografischen Wandels und des damit einhergehenden Fachkräftemangels zukünftig vor noch größere Herausforderungen stellen, sagte der dbb Chef. Denn „so, wie die Menschen sich darauf verlassen können müssen, dass die Feuerwehr nicht erst zwei Stunden nach dem Alarm eintrifft und dass ihre Kinder nicht 38 Kilometer zur nächsten Schule tagtäglich zweimal zurücklegen müssen, so wollen sie auch nicht vor Schildern mit der Aufschrift ‚Kraftfahrzeugzulassungsstelle – geöffnet jeden dritten Donnerstag im Monat von 9 bis 13 Uhr' stehen."

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, müsse der öffentliche Dienst allgemein und das Berufsbeamtentum insbesondere gestärkt werden. „Manche halten den Beamten deutscher Prägung für überholt. Wir nicht", sagte der dbb Chef. Zum Kern des Beamtentums gehöre auch die Verpflichtung des Staates zur Alimentation, so Dauderstädt mit Blick auf wachsende Besoldungsunterschiede in Bund und Ländern. Zwar gebe es keine Norm, die eine Übernahme der Tarifergebnisse für Besoldung und Versorgung vorschreibt. Aber: „Die muss es auch nicht geben, solange die Parlamente sich nicht aus ihrer Verpflichtung zur richtigen Alimentation zurückziehen." In diesen Punkten dürften die Dienstherren ebenso wenig untätig bleiben wie etwa bei den offenen Fragen zur Altersdiskriminierung sowie bei den Sorgen der Beschäftigten im Arbeitsalltag. Dauderstädt: „Es wäre gut, wenn sich der Staat bei all diesen Konflikten eindeutig, zeitnah und schützend vor seine Beschäftigten stellen würde."

Dieser drängenden Probleme solle sich die Politik annehmen, statt sich in funktionierende Systeme wie die gelebte Tarifpluralität einzumischen. Eine gesetzlich erzwungene Tarifeinheit, wie sie im Koalitionsvertrag angedeutet sei, berge in der Praxis viele Fallstricke, sagte

der dbb Chef: „Wer definiert einen Betrieb? Und wer misst die Mehrheit?" Dauderstädt ergänzte mit Verweis auf die im Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit: „Welcher Arbeitnehmer will schon einer Gewerkschaft angehören, die keinen Einfluss nehmen darf? Mittelbar greift der Gesetzgeber so in ein wesentliches Grundrecht ein. Kaum vorstellbar, dass das Bundesverfassungsgericht dabei mitspielt."

Bundesinnenminister würdigt Vertrauen der Bürger in Kompetenz des öffentlichen Dienstes

„Wir erleben derzeit einen kraftvollen, selbstbestimmten und handlungsfähigen Staat", entgegnete Bundesinnenminister Thomas de Maizière dem dbb Bundesvorsitzenden. De Maizière, der in Köln seinen ersten öffentlichen Auftritt im neuen Amt absolvierte, stellte fest: „Die Bürgerinnen und Bürger wissen diese Rolle zu schätzen und vertrauen sich deshalb der Fachkompetenz und unbedingten Zuverlässigkeit der Staatsbediensteten zunehmend wieder an." Vor den rund 700 Teilnehmern und Gästen aus Politik und Gesellschaft würdigte der Minister, dass es Deutschland „auch dank der funktionierenden Strukturen im öffentlichen Dienst und seiner fähigen und loyalen Beschäftigten" gut gehe. „Der öffentliche Dienst ist ein wichtiger Standortfaktor für die Unternehmer und ein Stück Lebensqualität für jeden Bürger." Da die Beschäftigten im öffentlichen Dienst tatsächlich für den Bürger „stets zu Diensten" seien, gehöre hinter das Tagungsmotto ein Ausrufe- und kein Fragezeichen.

Er sehe den Staat nicht auf dem Rückzug, so de Maizière weiter. Der Staat trete längst nicht mehr vornehmlich als Ordnungsstaat auf, sondern sorge für das Dasein der Bürger, schütze sie und wende sich ihnen – zunehmend auch digital – als Leistungsstaat zu. Mit Blick auf den künftigen Fachkräftebedarf, der sich durch den demografischen Wandel verschärfe, brauche der öffentliche Dienst als Konkurrent zu privaten Arbeitgebern ein gesundes Selbstbewusstsein und ein gutes Image: „Wir dürfen und sollten stolz darauf sein, dass unser öffentlicher Dienst dieses hohe Ansehen hat. Er bietet eine ganze Palette spannender und verantwortungsvoller Aufgaben, gepaart mit Konditionen, die den verschiedenen Lebensentwürfen der Menschen sehr nahe kommen. Das sind hoch wertvolle Alleinstellungsmerkmale." Dieses Image sollte von allen Beteiligten, auch von den Gewerkschaften, gepflegt werden.

Ungeachtet der Koalitionspläne für einen vorgezogenen Rentenzugang mit 63 Jahren erteilte de Maizière entsprechenden Forderungen des dbb nach einer „Pension mit 63" eine Absage. „Es kann hier keinen Automatismus geben", sagte er. Das oft bemühte Prinzip einer „wirkungsgleichen Übertragung" von Rentenreformen auf die Beamtenversorgung sei „kein Selbstzweck" und reiche „als Argument allein nicht aus". Die abschlagsfreie Rente ab 63 gelte faktisch für Polizisten und Soldaten bereits. Eine Übertragung würde im Bund „sehr einseitig" spezielle Gruppen wie Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes begünstigen. Zudem würde sie im öffentlichen Dienst wie auch bei der Rente vor allem Männern nützen.
Auch eine Übertragung der geplanten Lockerungen des Zugangs zur Erwerbsminderungsrente auf das Beamtensystem lehnte der Minister unter Hinweis auf die deutlich gesunkene Zahl von Frühpensionierungen wegen Dienstunfähigkeit ab. Er habe kein Interesse daran, „neue Fehlanreize" zu schaffen, so de Maizière. Mit Blick auf Koalitionspläne, die Tarifeinheit – also das Prinzip „ein Betrieb, ein Tarifvertrag, eine Gewerkschaft" – gesetzlich zu regeln, sagte de Maizière zu, „peinlich genau darauf zu achten", dass der Verfassung Rechnung getragen wird.

NRW-Finanzminister: Gerichtliche Überprüfung der Besoldungsanpassung ist gewerkschaftliches Recht

Nordrhein-Westfalens Finanzminister Norbert Walter-Borjans verteidigte vor den Tagungsteilnehmern und -gästen die umstrittene Sparpolitik des Landes bei den höheren Beamtengehältern. Wer Schuldengrenze und Haushaltskonsolidierung ernst nehme, der müsse auch die Personalausgaben des Landes im Blick haben, sagte Walter-Borjans. Die Personalausgaben machten inzwischen 40 Prozent des Landesetats aus. NRW hatte die im Frühjahr 2013 ausgehandelte 5,6 prozentige Tariferhöhung nur mit erheblichen Abschlägen auf den Beamtenbereich übertragen, Beamte des höheren Dienstes gingen vollständig leer aus. Das bezeichnete Walter-Borjans als "schmerzhaften Schritt". Zugleich räumte er ein, die rechtliche Überprüfung dieser Entscheidung der Landesregierung sei das gute Recht der Gewerkschaften. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt stellte im Anschluss klar, die

Bezahlung im öffentlichen Dienst sei „keine reine Selbstbefriedigung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Sie ist der Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit mit der Privatwirtschaft." Zudem sei die gerichtliche Überprüfung "nur die Notlösung", gefordert wäre eigentlich eine politische Entscheidung gewesen.

Walter-Borjans räumte ein, der Staat müsse gewachsenen Aufgaben nachkommen. „Künftig müssen, wo Aufgaben wegfallen,auch Stellen eingespart werden, aber wo Aufgaben bleiben oder hinzukommen, müssen auch Stellen bleiben oder neu geschaffen werden", sagte er. Angesichts von Schuldenbremse und demografischer Entwicklung müsse aber auf ein ausgewogenes Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben geachtet werden. In diesem Zusammenhang forderte Walter-Borjans eine Diskussion über die Gestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen der Zukunft. Diese müssten „solidarischer" werden.

Podiumsdiskussion der innenpolitischen Sprecher - Öffentlicher Dienst: „A great place to work"?

Deutschlands öffentlicher Dienst braucht eine deutliche Imageaufwertung, um insbesondere bei jungen Menschen als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden. In diesem Punkt herrschte Einigkeit bei den innenpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen, die sich zur traditionellen Podiumsdiskussion bei der dbb Jahrestagung eingefunden hatten.

„A great place to work" müsse der öffentliche Dienst sein, forderte Armin Schuster von der CDU/CSU-Fraktion. Um dies zu erreichen, brauche es insbesondere ein modernes und intelligentes Personalmanagement, wie es beispielsweise erfolgreiche Unternehmen praktizierten. Schuster beglückwünschte den dbb zu seiner bundesweiten Nachwuchskampagne „Die Unverzichtbaren", die seit Mitte Dezember 2013 läuft: „Wenn wir an die jungen Leute heranwollen, geht das nur über Image." SPD-Fraktionsvertreter Michael Hartmann forderte darüber hinaus „konkrete Anreize, vor allem für spezialisierte Fachkräfte", die in der freien Wirtschaft in der Regel deutlich besser dotierte Posten erhielten als im öffentlichen Dienst. Irene Mihalic von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es keinen Sinn mache, „Defizite mit Imagekampagnen zuzukleistern". Ebenso wichtig seien faktische Verbesserungen, etwa bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Frank Tempel, Vertreter der Fraktion Die Linke, verwies darauf, dass zum Image des öffentlichen Dienstes auch die Frage gehöre, wie man mit den bereits heute im öffentlichen Dienst Beschäftigten umgehe.

Während Schuster mit Blick auf die aktuelle Situation auf die „qualitativ hochwertige Politik für den öffentlichen Dienst" durch die bisherige schwarz-gelbe Bundesregierung verwies, betonte Hartmann, dass „die Abbauorgie ein Ende haben muss. In Sachen Arbeitsverdichtung ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Qualifikationen aufbieten und immer mehr Aufgaben übernehmen. Jetzt gilt es, den Personalbestand zu halten und dort, wo erforderlich, auch auszubauen." Deswegen müssten in der Diskussion über die künftigen Finanzströme zwischen Bund, Ländern und Kommunen geeignete Maßnahmen entwickelt werden, die den personalintensiven Gebietskörperschaften „mehr Luft zum Atmen" verschaffen. Für Tempel ist in diesem Zusammenhang klar: „Eine weitere Föderalismusreform muss kommen." Denn der öffentliche Dienst bestehe nicht nur aus der Bundesverwaltung, es gelte diesen auch in der Fläche zu erhalten. Um dies zu erreichen und mehr Menschen für die Arbeit dort zu begeistern, so Mihalic, sei beispielsweise eine Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen oder die Anerkennung von bereits erworbenen Qualifikationen auszuweiten, um mehr Quereinsteiger zu gewinnen.

In Sachen Übertragung des im Laufe des Frühjahrs auszuhandelnden Tarifergebnisses für die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen auf die Bundesbeamten äußerten sich die Vertreter der Koalitionäre der Bundesregierung, Schuster und Hartmann, optimistisch: Die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme sollte „im Grundsatz weitergelten", so Hartmann. Bei der Diskussion über die im Koalitionsvertrag vorgesehene gesetzliche Festschreibung einer Tarifeinheit warnten Schuster und Hartmann vor übereilten Abwehrkampagnen. „Ich bin sicher, dass am Ende – wenn überhaupt – eine sehr abgewogene Variante gefunden werden wird", sagte CDU-Innenpolitiker Schuster. Und SPD-Vertreter Hartmann stellte klar: „Es wird kein dramatisches Zwangssystem geben. Und wenn darüber geredet wird, gehört der Sachverstand und damit auch der dbb dazu." Sowohl Mihalic und

Tempel bekräftigten, ebenfalls die Koalitionsfreiheit schützen zu wollen.

Käßmann: Kirche muss sich stärker in gesellschaftliche Diskussionen einmischen

Die Kirchen in Deutschland müssen sich stärker in die aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen einmischen. Dafür plädierte Margot Käßmann, Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum 2017, auf der Tagung. In ihrem Fachvortrag zum Thema „Reformation und Politik - Herausforderungen im 21. Jahrhundert" sagte sie: „Glaube findet nicht im Abseits statt. Er bewährt sich im Alltag."

Die evangelische Theologin mahnte, die Kirche müsse sich zu Wort melden, wenn etwa Kinder mit Migrationsvordergrund weniger Bildungschancen bekämen. „Entscheidend ist, dass Integration dort gestärkt wird, wo sie jeden Tag stattfindet - beispielsweise in der Schule. Wir müssen uns wehren gegen Migrationsabwehr. Diesen Menschen muss ermöglicht werden, sich hier bei uns zu entwickeln." Kirche dürfe sich nicht in eine „schöne, private Nische" abdrängen lassen. Auch Kritik an politischen Entscheidungen wie etwa zum Krieg in Afghanistan müsse zulässig sein. Allzu oft habe die Vergangenheit gezeigt, dass falsche Obrigkeitshörigkeit zu wenig Raum für Widerstandsgeist gelassen habe, etwa in der Zeit des Nationalsozialismus oder in der DDR.

Käßmann hob hervor, dass Deutschland ein „großartiger Sozialstaat" sei, auf den man zu Recht stolz sein könne. Zur Frage, ob der Staat sich seiner Verantwortung zu stark entziehe, sagte sie: „Der Staat sind wir. Uns muss klar sein, dass wir nicht alle Verantwortung abwälzen können. Wir müssen uns vielmehr fragen: Wie viel Zivilgesellschaft leisten wir uns? Wir müssen uns alle mit beteiligen." Kirche dürfe sich nicht wegducken, sondern müsse sich kritischen Diskussionen stellen. „Das halte ich für reformatorisches Erbe", sagte Käßmann.

Die Feierlichkeiten zu 500 Jahre Reformation 2017 werden laut Käßmann „kein historisierendes Jubiläum" sein. „Ich freue mich darauf, Vertreter von Kirchen aus aller Welt begrüßen zu dürfen." Luther und die Reformation sollten als „weltweit prägendes Ereignis" gewürdigt werden.

Streitgespräch: „Soziale Markwirtschaft oder vermarkteter Sozialstaat"

Armin Laschet, Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen, und Wolfgang Kubicki, stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP, trafen zum Abschluss der dbb Jahrestagung zu einem Streitgespräch über die Zukunft des Sozialstaats und der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zusammen. Beide Politiker zeigten sich überzeugt, dass Deutschland die anstehenden Herausforderungen nur werde meistern können, wenn auch künftig Wirtschaftswachstum erreicht wird – grundlegende Voraussetzung hierfür: der Standortfaktor öffentlicher Dienst.

„Die Politik wird sich aufgrund der Schuldenbremse sehr genau überlegen müssen, wofür sie Geld ausgibt", betonte CDU-Vertreter Laschet. Insofern sei auch eine ordnungspolitische Diskussion darüber angezeigt, auf welche Kernaufgaben sich der Staat und sein öffentlicher Dienst in Zukunft konzentrieren sollten. FDP-Vize Kubicki zeigte sich optimistisch: „Wenn die Wirtschaft gut läuft, wird der Staat auch mehr Geld haben", und Laschet ergänzte: „Wir haben aktuell eine wirtschaftliche Lage mit hohem Beschäftigungsstand, die dafür sorgt, dass Bund, Länder und Kommunen mehr Geld einnehmen als je zuvor. Da müssen wir dafür sorgen, dass das so bleibt."

Laschet unterstrich, dass zum Erreichen einer Ausgewogenheit zwischen staatlichen Leistungen und privaten Initiativen das Verhältnis zwischen individueller Verantwortlichkeit und Gemeinwohlorientierung entscheidend sei. Kubicki verwies auf die Tatsache, dass es angesichts des demografischen Wandels in Zukunft nicht nur auf die deutschen Bürgerinnen und Bürger allein ankomme, sondern insbesondere qualifizierte Zuwanderer gebraucht würden, um Wirtschaftswachstum, sozialen Wohlstand und Sicherheit in der Bundesrepublik überhaupt nachhaltig sicherzustellen: „Ohne Zuwanderung schaffen wir das nicht."

Beide Politiker betonten, dass der öffentliche Dienst eine deutliche Attraktivitätssteigerung brauche, um auch in Zukunft jenes Personal gewinnen und einsetzen zu können, das für ein funktionierendes Staats- und Gemeinwesen erforderlich ist. Kubicki trat der Aussage de Maizières vom Vortag entgegen, dass der öffentliche Dienst ausschließlich nach Kassenlage gestaltet werden dürfe: „Die Mitarbeiter sind

doch nicht verantwortlich für die Kassenlage. Deswegen müssen die öffentlichen Arbeitgeber die Kassenlage gegenüber ihren Beschäftigten generell ausblenden." Wenn der öffentliche Dienst seine Mitarbeiter nicht ordentlich alimentiere, werde es bald darum gehen, wie Stellen überhaupt noch besetzt werden könnten. „Wir bekommen die Menschen nur, wenn wir ihnen ein attraktives Gesamtpaket bieten; die Arbeitsplatzsicherheit ist nicht mehr das ausschlaggebende Argument. Junge Leute wollen einfach einen attraktiven Job und Karriereperspektiven."

Laschet sieht ebenfalls in der Bezahlung der Beschäftigten einen entscheidenden Attraktivitätsfaktor und forderte eine neue Kultur des Umgangs mit den begründeten Systemunterschieden zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst: „Wir müssen die Öffentlichkeit für die Besonderheiten des öffentlichen Dienstes im allgemeinen und des Berufsbeamtentums im besonderen gewinnen." Kubicki ergänzte: „Der Umgang mit den Beamten, etwa in punkto Übertragung der Tarifergebnisse, nährt doch allerorten das Vorurteil in der Bevölkerung, dass die Beamten ohnehin zu viel verdienten. Kein anderer Berufszweig würde einen solchen Umgang mit seinen Beschäftigten zulassen, im öffentlichen Dienst ist das gang und gäbe. Wenn wir als Politiker nichts dagegen tun, brauchen wir von Attraktivität des öffentlichen Dienst gar nicht erst zu reden."

Auch in punkto Rückstellungen für die Beamtenversorgung sahen beide Politiker Defizite. „Die Länder sind da in der Pflicht", betonte Laschet und warnte davor, die Beamtenversorgung wie andere Alterssicherungssysteme oder berufsständische Versorgungswerke zu organisieren. „Damit würde man den Staat aus der Verantwortung entlassen. Wir sollten hier beim bewährten System bleiben und den Staat gesetzlich verpflichten, Rücklagen zu bilden. Woher er das Geld bekommt, muss er sich selbst überlegen." Kubicki betonte, die Rücklagen müssten „zugriffsfest" gestaltet werden.

Bundesvorsitzender: Ausrufezeichen nach dem Motto

In seinem Schlusswort zog der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt ein positives Fazit der 55. dbb Jahrestagung: „Wir haben uns wieder das volle Programm verabreicht", sagte er und nahm die Anregung des Bundesinnenministers auf: „Vielleicht sollten wir das Fragezeichen hinter unserem diesjährigen Motto doch in ein Ausrufezeichen verwandeln." Dauderstädt kam noch einmal auf das Thema Tarifeinheit zurück: „Es ist offen geblieben, ob unsere Warnung ernst genommen wird. Wir bleiben dabei: Es spricht alles dagegen, hier die Legislative einzuspannen." Der dbb werde den Bundesinnenminister beim Wort nehmen und „peinlich genau darauf achten, dass das Grundgesetz eingehalten wird".
(01/01/14)

Russ zur Einkommensrunde 2014: Schuldenbremse darf nicht nur Problem der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sein

(dbb) Vor Beginn der Einkommensrunde 2014 für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen hat Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Verhandlungsführer des dbb, darauf hingewiesen, dass die Forderung am 11. Februar abschließend beraten und dann gemeinsam mit verdi vor der Presse mitgeteilt wird. „Was die Höhe angeht, wollen wir die wirtschaftlichen Zahlen, die die Bundesregierung bekannt gibt, erst einmal prüfen. Was strukturelle Forderungen angeht, da zeichnen sich schon gewisse Dinge ab", sagte Russ der Zeitung „Neues Deutschland" (Ausgabe vom 8. Januar 2014).

Gerade im kommunalen Bereich, wo es viele Beschäftigte in den unteren Entgeltgruppen gebe, sei neben einer linearen Erhöhung eine soziale Komponente "ein großes Thema".
Russ: „Die Frage ist: Wie viel wollen wir als soziale Komponente haben, und wie soll die aussehen? Soll es ein Sockelbetrag sein, ein Mindestbetrag oder eine Einmalzahlung?" Er könne sich einen Sockel vorstellen, so Russ. „Das Maß muss sein, dass die Beschäftigten in Bund und Kommunen nicht schlechter gestellt werden als ihre Kolleginnen und Kollegen in den Ländern."

Zudem werde zu den strukturellen Forderungen sicherlich die nach einer unbefristeten Übernahme aller Auszubildenden gehören. Die Demografie fordere ihren Tribut. „Wenn wir

jetzt jungen Leuten nicht die Garantie geben, dass sie übernommen werden, warum sollen sie sich dann für den öffentlichen Dienst interessieren? Wir brauchen den Nachwuchs", machte Russ klar.

Den Verweis der Arbeitgeberseite auf die Schuldenbremse kommentierte der dbb Verhandlungsführer mit den Worten: „Die Kassen sind nach unserer Ansicht gut gefüllt." Es könne nicht der Ansatz sein zu sagen: Die Schuldenbremse kommt, deshalb fordern wir wenig. „Darum sage ich es ganz deutlich: Die Schuldenbremse kann kein Problem allein für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sein. Das ist ein gesamtwirtschaftliches Thema und muss darum auch gesamtwirtschaftlich gelöst werden."
(02/01/14)

Wildfeuer: Gleichwertige Lebensverhältnisse von Männern und Frauen müssen aktiv gefördert werden

(dbb) „Was ist fair und gerecht in der Bezahlung des öffentlichen Dienstes? Die Antwort, die Thomas de Maizière in seiner Rede auf der Jahrestagung des dbb in Köln auf seine selbstgestellte Frage gab, lässt vor allem einen entscheidenden Aspekt vermissen: den der geschlechtergerechten Bezahlung im öffentlichen Dienst. Dieses Ziel sollte sich der neue Bundesminister des Innern für seine gerade begonnene Amtszeit jedoch dringend auf Wiedervorlage legen. Denn auch im öffentlichen Dienst, in dem Tarif- und Besoldungstabellen für faire Bezahlung sorgen sollen, verdienen Frauen im Schnitt acht Prozent weniger als Männer", sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung am Rande der 55. dbb Jahrestagung am 6. Januar 2014 in Köln. Sie forderte eine kritische Prüfung möglicher Personalentwicklungskonzepte für den öffentlichen Dienst. „Frauen sind dort seltener in Beamtenverhältnissen zu finden, sie besetzen seltener Führungspositionen und arbeiten häufiger in Teilzeit als männliche Beschäftigte. Hinzu kommt, dass im Vergleich zu klassisch männlich dominierten Bereichen niedrigere Tarifentgelte bezahlt werden", so die Vorsitzende.

Wildfeuer wies zudem erneut darauf hin, dass Diskriminierungen bei der dienstlichen Beurteilung und Beförderung vor allem die überwiegend weiblichen Teilzeitkräfte beträfen. „Karriere und Familie im öffentlichen Dienst, das schließt sich nicht aus. Doch wenn die Rede davon ist, für gleichwertige Lebensverhältnisse von Männern und Frauen, von Vätern und Müttern sorgen zu wollen, müssen diese auch im öffentlichen Dienst aktiv gefördert werden – orientiert an den jeweiligen Lebensentwürfen. Dazu gehören neben familienfreundlichen Arbeitsplätzen, flexiblen Arbeitszeiten und bedarfsgerechten Betreuungsangeboten für Kinder jeden Alters vor allem auch diskriminierungsfreie und transparente Beförderungsverfahren, die sich faktisch in gleichen Karrierechancen und Einkommensentwicklungen für alle Beschäftigte niederschlagen", forderte Wildfeuer.
(03/01/14)

Koalitionsvertrag - Speck fordert Übertragung der Verbesserungen im Rentenrecht auf Versorgungsempfänger

(dbb) Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD kann hinsichtlich der Rentenangleichung Ost an West nicht zufriedenstellen. „Diese darf nicht auf die lange Bank geschoben werden", mahnt der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Wolfgang Speck. In einem Beitrag für das dbb Seniorenmagazin „Aktiv im Ruhestand" (Ausgabe Januar 2014) stellt Speck zugleich fest, dass die Versorgungempfängerinnen und –empfänger kein Thema im Koalitionsvertrag sind. Dies müsse „zumindest nachdenklich stimmen".

„Die heutigen Versorgungsempfängerinnen und –empfänger haben ebenso wie die Rentnerinnen und Rentner nicht nur eine angemessene Alterssicherung verdient, sondern auch und insbesondere die Wertschätzung und den Respekt der Gesellschaft und nicht zuletzt der Dienstherren. Daher fordern wir die systemgerechte Übertragung der Verbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung in das Beamtenversorgungsrecht", so der Vorsitzende.

In vielen anderen Punkten – etwa beim abschlagsfreien Rentenzugang für Versicherte mit 45 Beitragsjahren und der Anerkennung von Kindererziehungs- oder Pflegezeiten müsse die konkrete Ausgestaltung abgewartet werden, schreibt Speck weiter in seinem „Standpunkt". Sein Fazit zum Koalitionsvertrag: „Diese sehr begrenzte oder gar Nicht-Erwähnung der älteren Menschen macht deutlich, dass sich die Koalitionäre mit den besonderen Fähigkeiten und Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren in nicht ausreichender Weise auseinandergesetzt haben." Es bleibe zu hoffen, dass sich diese Haltung in der Regierungspolitik so nicht fortsetzt.
(04/01/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb Hessen empört über Sparpläne

(dbb) Noch vor der Wahl des Ministerpräsidenten der ersten schwarz-grünen Landesregierung in Hessen am 18. Januar 2014 formiert sich der Widerstand gegen die geplanten Einsparungen bei der Beamtenbesoldung.

Im Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Ausgabe vom 9. Januar 2014) kündigte die Landesvorsitzende des dbb Hessen, Ute Wiegand-Fleischhacker, eine „totale und offene Konfrontation" mit der Landesregierung an, wenn die Sparpläne umgesetzt würden. Sie sei „entsetzt und überrascht" gewesen über die Ankündigung der Begrenzung des Besoldungszuwachses für die hessischen Beamten. Der dbb Hessen werde mit allen kreativen Mitteln gegen die Gehaltseinbußen vorgehen, kündigte Wiegand-Fleischhacker an. Es könne nicht sein, dass ausschließlich die Beamten zur Sanierung des hessischen Landeshaushalts herangezogen würden. „Wir haben unseren Beitrag schon geleistet. Die 2013 für die Angestellten im öffentlichen Dienst gewährte Einmalzahlung von 450 Euro wurde nicht für die Beamten übernommen."
(05/01/14)

SBB: 11.000 Klagen möglich

(dbb) Der Freistaat Sachsen hat trotz der Forderung des Sächsischen Beamtenbundes SBB, die vorliegenden etwa 11.000 Widersprüche zum Senioritätsprinzip bis zu einem endgültigen Urteil durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) ruhen zu lassen, alle Widersprüche mit Wirkung vom 2. Januar 2014 negativ beschieden. „Damit werden Sachsens Beamte nach der Streichung der Sonderzahlungen 2010 und der ungerechten Übertragung der Tarifergebnisse 2013 erneut vorgeführt", konstatierte der SBB. Der Zorn der sonst loyalen Staatsdiener gegen ihren Dienstherrn werde herausgefordert.

Sachsens Beamte seien nun in der Pflicht, gegen den Freistaat Klage einzureichen. Damit könnten bis Ende Januar 11.000 Klagen die Gerichte Sachsens überschwemmen und Sachsen zu einem besonderen juristischen Kraftakt zwingen. Brisant sei, dass außer Sachsens Landesregierung kein anderes Bundesland diesen Schritt so forciert habe.

„Momentan steht es zwar - nach grobem Foul - 1:0 für den Freistaat, aber es ist noch nicht abgepfiffen", sagte der Landesvorsitzende des

SBB Gerhard Pöschmann. „Wir werden in diesem Zusammenhang auch prüfen lassen, ob die gerade verabschiedete Dienstrechtsreform europarechtskonform ist. Momentan hegen wir an dem Verfahren der Überleitung vom alten in das neue Besoldungsrecht starke Zweifel." Hintergrund ist das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Bautzen vom 23. April 2013,. Darin war festgestellt worden, dass die bisherige Besoldung altersdiskriminierend ist. Auch der Generalanwalt beim EuGH hat in einem vergleichbaren Verfahren zur altersdiskriminierenden Besoldung bereits einen Schlussantrag im Sinne der Widersprüche sächsischer Beamter gestellt.
(06/01/14)

dbb m-v sieht Recht suchende Beamte auf sich gestellt

(dbb) In Bezug auf eine mögliche altersdiskriminierende Besoldung der Beamtenschaft im Land hat sich der dbb mecklenburg-vorpommern 2012 und auch Ende des Jahres 2013 an das Finanzministerium gewandt und um Musterverfahren zur Überprüfung des Sachverhalts gebeten. Gleichzeitig sollten übrige Verfahren zur Entlastung der Verwaltungsgerichte ruhend gestellt werden. Schon 2012 sei absehbar gewesen, dass das geltende Recht in Mecklenburg-Vorpommern abgeändert werden müsse. Ein erwartetes Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in diesem Jahr werde diese Annahme bestätigen.

„Statt sich nun vor seine Mitarbeiter zu stellen, teilt uns das Finanzministerium erneut lapidar mit, dass es keine Veranlassung sieht, Musterverfahren zuzulassen", kritisierte dbb Landeschef Dietmar Knecht am 8. Januar 2014. „Damit wird das ganze Risiko einschließlich des Kostenrisikos dieser Auseinandersetzung auf die Schwächeren abgewälzt und die Fürsorgepflicht des Dienstherrn mit Füßen getreten."

Das Land dürfe sich der gesetzlich normierten Fürsorgepflicht nicht entziehen, auch wenn es selbst von der Entwicklung überrascht worden sei. Der dbb m-v fordere die Finanzministerin auf, die Betroffenen nicht mit der unangenehmen Frage im Regen stehen zu lassen, den eigenen Dienstherrn verklagen zu müssen, nur um Rechtsverluste zu vermeiden. Andere Bundesländer wie beispielsweise Niedersachsen bewiesen zum selben Sachverhalt, dass man sich auch motivierend vor seine Mitarbeiter stellen kann.
(07/01/14)

Neuregelungen beim Beamtenrecht in Thüringen geplant

(dbb) Über geplante Änderungen im Beamtenrecht Thüringens hat der dbb Landesbund am 8. Januar 2014 informiert. Thüringen will demnach die Aufgaben von rund 16.000 Landesbeamten bewerten. Damit sollen Unklarheiten beseitigt und gerichtliche Auseinandersetzungen vermieden werden, so der tbb.

Mit dem am 7. Januar dem Kabinett vorgelegten Gesetzentwurf reagiere die Landesregierung im Wesentlichen sowohl auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Februar 2012 zur sogenannten W-Besoldung als auch auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Juni 2011 zur sogenannten Bündelung von Dienstposten. Dieser Rechtsprechung solle nunmehr durch eine Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes entsprochen werden.
(08/01/14)

dbb sachsen-anhalt: Steuermehreinnahmen für Altersvorsorge nutzen

(dbb) Der Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Maik Wagner, kritisiert, dass in den Jahren 2014 bis 2017 die Zuführungen zum Pensionsfonds für Beamte in Höhe von je 20 Millionen Euro gestrichen werden. „Statt zu streichen, hätte die jährliche Zuführung erhöht werden müssen. Gerade jetzt, wo die Steuern sprudeln, muss mehr Geld zur Finanzierung künftiger Pensionsleistungen zurückgelegt werden. Vier Jahre in den Pensionsfonds nicht

mehr einzuzahlen, ist keine kluge und nachhaltige Finanzpolitik. Der von Finanzminister Jens Bullerjahn viel beschworene Dreiklang aus Konsolidieren, Investieren und Vorsorgen ist zu Lasten der Vorsorge verschoben worden", stellte Wagner fest.

Das Sondervermögen „Pensionsfonds" wurde mit dem Pensionsfondsgesetz vom 6. Dezember 2006 als Rücklage aus regelmäßigen Zuführungen, Sonderzuführungen des Landes Sachsen-Anhalt und den daraus erzielten Erträgen gebildet. Es dient der nachhaltigen Finanzierung der künftigen Versorgungsansprüche für alle ab dem 1. Januar 2007 von den Dienstherren neu eingestellten Beamtinnen und Beamten.

Mit dem Versorgungsrücklagegesetz vom 21. Dezember 1998 wurde das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Sachsen-Anhalt" eingerichtet. Seit 1999 werden dem Sondervermögen „Versorgungsrücklage" Mittel aus verminderten Besoldungs- und Versorgungsanpassungen zugeführt, die ab 2018 einen Beitrag zur Finanzierung der Versorgungsaufwendungen der bereits im Dienst stehenden Beamtinnen und Beamten leisten sollen. Mit der Einführung der Versorgungsrücklage ist das System der Beamtenversorgung erstmals um ein Element der Kapitaldeckung ergänzt worden. Mit der Sondervermögen „Pensionsfonds" ist dieses System für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte um das Element der vollständigen Kapitaldeckung erweitert worden.
(09/01/14)

DSTG-Chef zu Steuervereinfachung: „Da lachen die Hühner"

(dbb) Zur von der neuen Koalition angekündigten Vereinfachung der Lohnsteuererklärung hat sich der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler skeptisch geäußert. Die Einführung der elektronischen Lohnsteuerkarte habe bereits zwei Mal verschoben werden müssen, bevor sie 2013 wirklich in Kraft trat, sagte Eigenthaler der „Süddeutschen Zeitung" (Ausgabe vom 9. Januar 2014). „Das hat die Finanzämter zeitweise fast zum Zusammenbruch gebracht und sorgt immer noch für viel Ärger."

Er sei sehr für die elektronische Steuererklärung. „Wir müssen weg vom Papier", so der DSTG-Chef. Aber die Daten, die das Finanzamt direkt vom Arbeitgeber oder von den Kommunen bekommen, „müssten halt auch stimmen". Dies sei oft nicht der Fall. „Am Ende sind wir immer die Buhmänner", klagte Eigenthaler.

Zu der Formulierung im Koalitionsvertrag, dass Deutschland ein zeitgemäßes und wettbewerbsfähiges Steuersystem hat, sagte Eigenthaler: „Da lachen die Hühner. Jeder weiß, dass das nicht stimmt." Ein modernes Steuerrecht müsse mit Pauschalierungen arbeiten.
(10/01/14)

GDL droht mit Arbeitskampf bei der Bahn

(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat in der Auseinandersetzung um den so genannten Demografie-Tarifvertrag mit Streiks im Januar 2014 bei der Bahn gedroht. Der GDL-Vorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky sagte der „Saarbrücker Zeitung" (Ausgabe vom 2. Januar 2014)): „Wir sind bereit für einen Arbeitskampf."

Am 15. Januar laufe die Friedensfrist ab. Er rechne nicht mit einem neuen Angebot der Arbeitgeberseite. „Danach werden wir nicht mehr nur trommeln für unsere Forderungen, sondern auch pfeifen." Die GDL fordert laut Weselsky von der Deutschen Bahn AG den Abschluss eine Lizenzverlustversicherung für alle Lokomotivführer. „Wer zum Beispiel durch einen Selbstmord auf den Gleisen traumatisiert ist und nicht mehr fahren kann, muss geschützt sein." Außerdem will die GDL erreichen, dass Lokomotivführer nicht mehr in andere Regionen versetzt werden, sondern ihnen ein Arbeitsplatz nahe ihrem Wohnort angeboten wird.

Scharf kritisierte Weselsky überdies das Vorhaben der Großen Koalition, ein Gesetz zur Tarif-

einheit zu beschließen. Danach soll in einen Betrieb jeweils der von der größten Gewerkschaft ausgehandelte Tarifvertrag gelten; Spartengewerkschaften wären kaum noch attraktiv. Das stelle die Existenz seiner Gewerkschaft in Frage, sagte Weselsky. Spartengewerkschaften wie die GDL hätten einen Organisationsgrad von 80 Prozent und mehr. Die Koalition folge mit ihrem Vorhaben dem Interesse der Arbeitgeber, die möglichst schwache Gewerkschaften in ihren Unternehmen haben wollten.
(11/01/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der dbb hat Forderungen zurückgewiesen, Lehrer künftig nicht mehr zu verbeamten. „Das ist eine Forderung, die wir schon seit Jahrzehnten hören", sagte der Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** dem „Kölner Stadt-Anzeiger" (Ausgabe vom 4. Januar 2014). „Wir können nicht erkennen, dass sie mit neuen Argumenten unterfüttert wäre. Auf eine Verbeamtung der Lehrer zu verzichten, wäre für den Staat sogar teurer", so Dauderstädt. Für die aktive Dienstzeit wäre es nicht günstiger, weil der angestellte Lehrer durch die Sozialversicherungsbeiträge in der Bruttosumme teurer werde als der verbeamtete Lehrer. Auch in Bezug auf die Altersversorgung würde es für den Arbeitgeber nicht nennenswert billiger. Der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen hatte im Magazin „Focus" (Ausgabe vom 3. Januar 2014) mit Blick auf die Pensionsverpflichtungen einen Verbeamtungsstopp für Lehrer gefordert.

Am Rande der dbb Jahrestagung hat auch der Bundesvorsitzende des VDR (Verband Deutscher Realschullehrer) ein klares Bekenntnis der Politik zum Beamtenstatus für Lehrkräfte gefordert. „Der Staat darf sich gerade im entscheidenden Zukunftsfeld Bildung nicht seiner Verantwortung entziehen. Dazu gehören das klare Bekenntnis zu verbeamteten Lehrkräften, beste Arbeitsbedingungen an den Schulen und eine perspektivische Personalentwicklung", sagte **Jürgen Böhm** am 7. Januar 2014 in Köln. Bundesinnenminister Thomas de Maizière hatte festgestellt, dass sich die Bedingungen für eine Einstellung im öffentlichen Dienst entweder als Beamter oder als Tarifangestellter nicht allein auf die Frage reduzieren lassen, ob es sich bei dem zu bearbeitenden Tätigkeitsfeld um ein Amt mit hoheitlichen Aufgaben handle. De Maiziére plädierte für eine flexible Vergabe des Beamtenstatus'.

Der **dbb** hat zum Themenkomplex Mehrarbeit und Überstunden einen Flyer erarbeitet, der auf der dbb-Homepage zum Download bereitsteht. Darin sind die wichtigsten Fragen und Antworten zusammengefasst, etwa: Muss ich Überstunden leisten? Muss mein Arbeitgeber Überstunden konkret anordnen? Darf ich mich weigern, Überstunden zu leisten? Was ist mit dem Betriebsrat? Der Flyer im DIN A4 Format kann ausgedruckt, verteilt und auch zur Mitgliederwerbung verwendet werden. werden.
http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/service/ueberstunden.pdf
(12/01/14)